

Digitalpakt – Perspektiven und Dilemmata

Loccumer Tagung „Kooperationsaufgabe Digitalisierung“

Was können Schulen, Land und Schulträger gemeinsam bewegen?

Loccum, 20. November 2019

Dr. Henrik Scheller
Deutsches Institut für Urbanistik

Agenda

- Historie des Digitalpakts
- Ziele der KMK
- Digitalpakt-Dilemmata
- Handlungsansätze und Perspektiven

Historie

2010 bis 2013: Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Bundestages

Oktober 2016: Ankündigung des Bundes zu Investitionsoffensive digitale Bildungsinfrastrukturen

Oktober 2016: BMBF-Strategiepapier „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ → „DigitalPakt#D“

Dezember 2016: KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“

2017: Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes: 3,5 Mrd. Euro für Verbesserung der Schulinfrastruktur „finanzschwacher“ Kommunen

KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“

Handlungsfelder:

- Bildungspläne und Unterrichtsentwicklung, curriculare Entwicklungen,
- Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erziehenden und Lehrenden,
- Infrastruktur und Ausstattung,
- Bildungsmedien, Content,
- E-Government, Schulverwaltungsprogramme, Bildungs- und Campusmanagementsysteme,
- rechtliche und funktionale Rahmenbedingungen

KMK: Digitale Kompetenzen


Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren <ul style="list-style-type: none">• Suchen und Filtern• Auswerten und Bewerten• Speichern und Abrufen	Kommunizieren und Kooperieren <ul style="list-style-type: none">• Interagieren• Teilen• Zusammenarbeiten• Umgangsregeln kennen und einhalten (Netiquette)	Produzieren und Präsentieren <ul style="list-style-type: none">• Entwickeln und Produzieren• Weiterverarbeiten und Integrieren• Rechtliche Vorgaben beachten
Schützen und sicher Agieren <ul style="list-style-type: none">• Sicher in digitalen Umgebungen agieren• Persönliche Daten und Privatsphäre schützen• Gesundheit schützen• Natur und Umwelt schützen	Problemlösen und Handeln <ul style="list-style-type: none">• Technische Probleme lösen• Werkzeuge bedarfsgerecht einsetzen• Eigene Defizite ermitteln und nach Lösungen suchen• Digitale Werkzeuge und Medien zum Lernen, Arbeiten und Problemlösen• Algorithmen erkennen und formulieren	Analysieren und Reflektieren <ul style="list-style-type: none">• Medien analysieren und bewerten• Medien in der digitalen Welt verstehen und reflektieren

Historie II


Kommunalinvestitionsförderungsgesetz:
Aushebelung des Kooperationsverbots (Art.
104b GG durch neuen Art. 104c GG)



Dezember 2018: Vorschlag zur
Grundgesetzreform – Widerstand Länder →
Anrufung Vermittlungsausschuss



März 2019: Einigung zwischen Bund und
Ländern, Unterzeichnung der
Verwaltungsvereinbarung



seit Mai 2019: Umsetzung in landesspezifische
Förderbestimmungen



Juli 2019: erste Auszahlung von Digitalpakt-
Mitteln an Schule in Zwickau

Selbstverpflichtung KMK

„Die Länder verpflichten sich dazu, dafür Sorge zu tragen, dass alle Schülerinnen und Schüler, die zum Schuljahr 2018/2019 in die Grundschule eingeschult werden oder in die Sek I eintreten, bis zum Ende der Pflichtschulzeit die in diesem Rahmen formulierten Kompetenzen erwerben können“.

Quelle: KMK 2016: „Bildung in der digitalen Welt“, Strategie der Kultusministerkonferenz, Bonn, S. 13

Verwaltungsvereinbarung: Förderzwecke

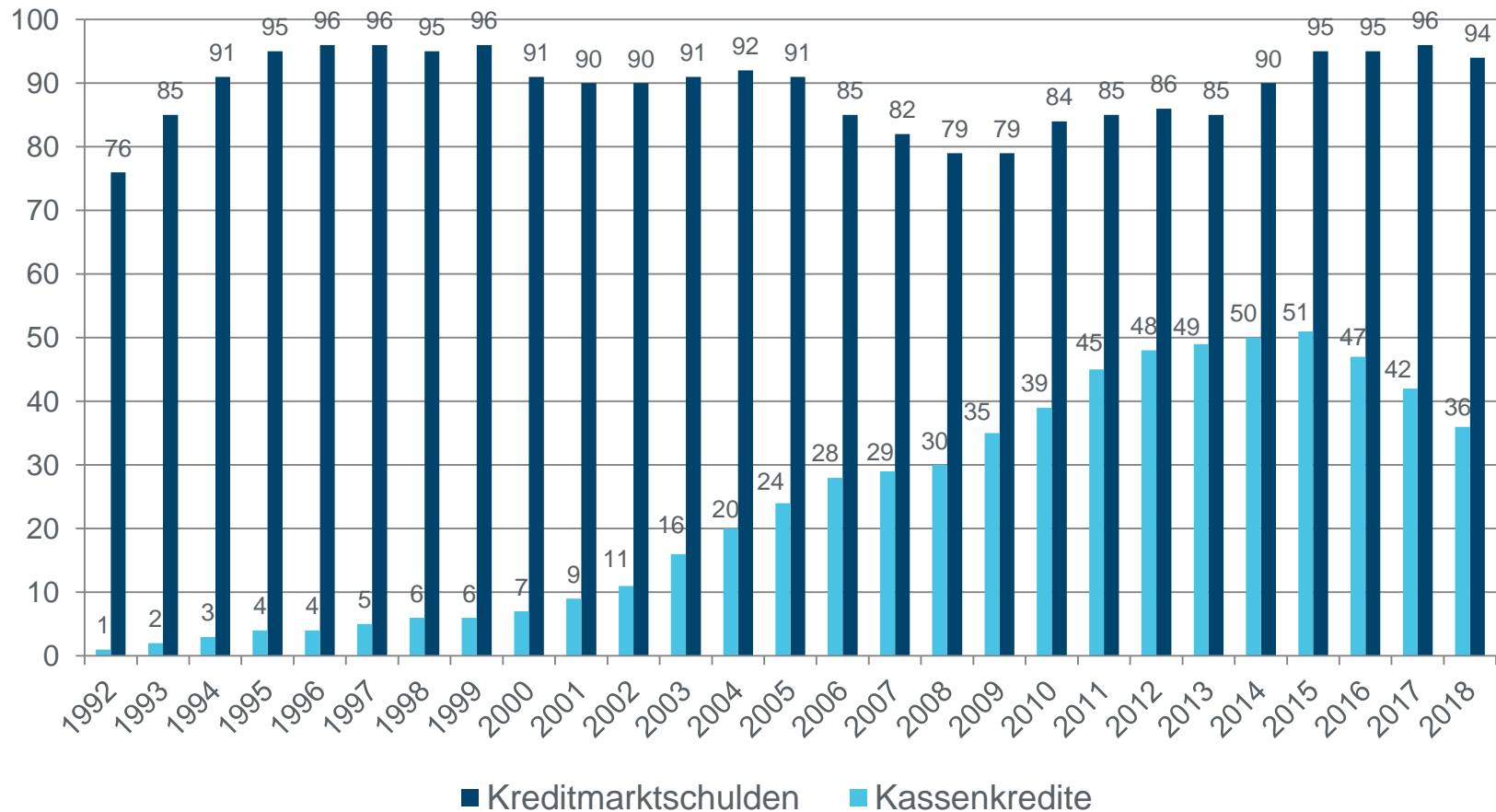
1. Aufbau oder Verbesserung der digitalen Vernetzung in Schulgebäuden und auf Schulgeländen, Serverlösungen;
2. schulisches WLAN;
3. Aufbau und Weiterentwicklung digitaler Lehr-Lern-Infrastrukturen (zum Beispiel Lernplattformen, pädagogische Kommunikations- und Arbeitsplattformen, Portale, Cloudangebote), soweit sie im Vergleich zu bestehenden Angeboten pädagogische oder funktionale Vorteile bieten;
4. Anzeige- und Interaktionsgeräte (zum Beispiel interaktive Tafeln, Displays nebst zugehöriger Steuerungsgeräte) zum Betrieb in der Schule, mit Ausnahme von Geräten für vorrangig verwaltungsbezogene Funktionen;
5. digitale Arbeitsgeräte, insbesondere für die technisch-naturwissenschaftliche Bildung oder die berufsbezogene Ausbildung;
6. schulgebundene mobile Endgeräte (Laptops, Notebooks und Tablets mit Ausnahme von Smartphones), [...]

Dilemma I

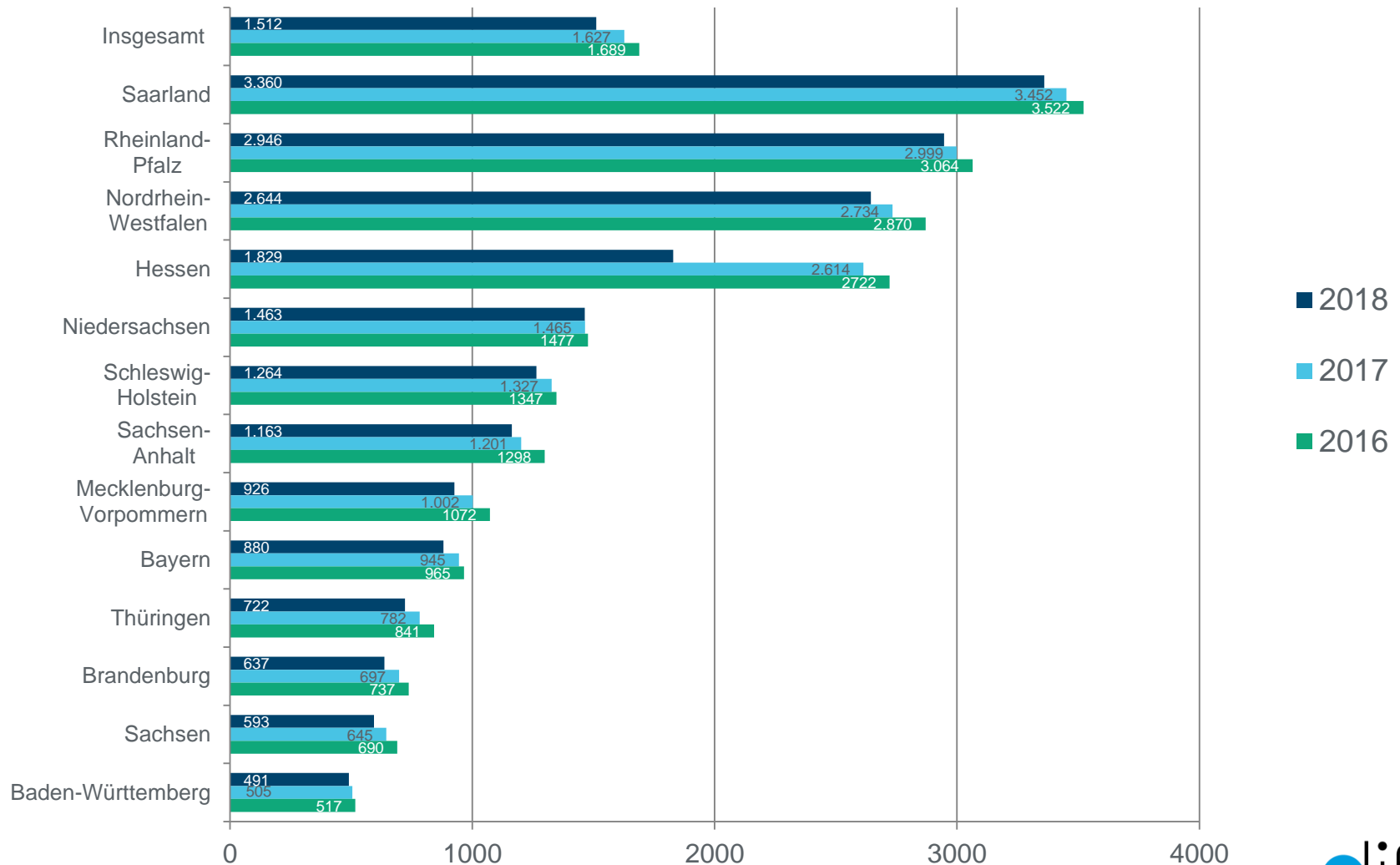
- bildungspolitische versus ausgleichspolitische Ziele
- zeitliche Befristung, begrenztes Finanzvolumen
- wettbewerbliches Verfahren der Antragstellung
- Kofinanzierungspflicht

Kommunale Verschuldung 1992-2018

in Mrd. EUR

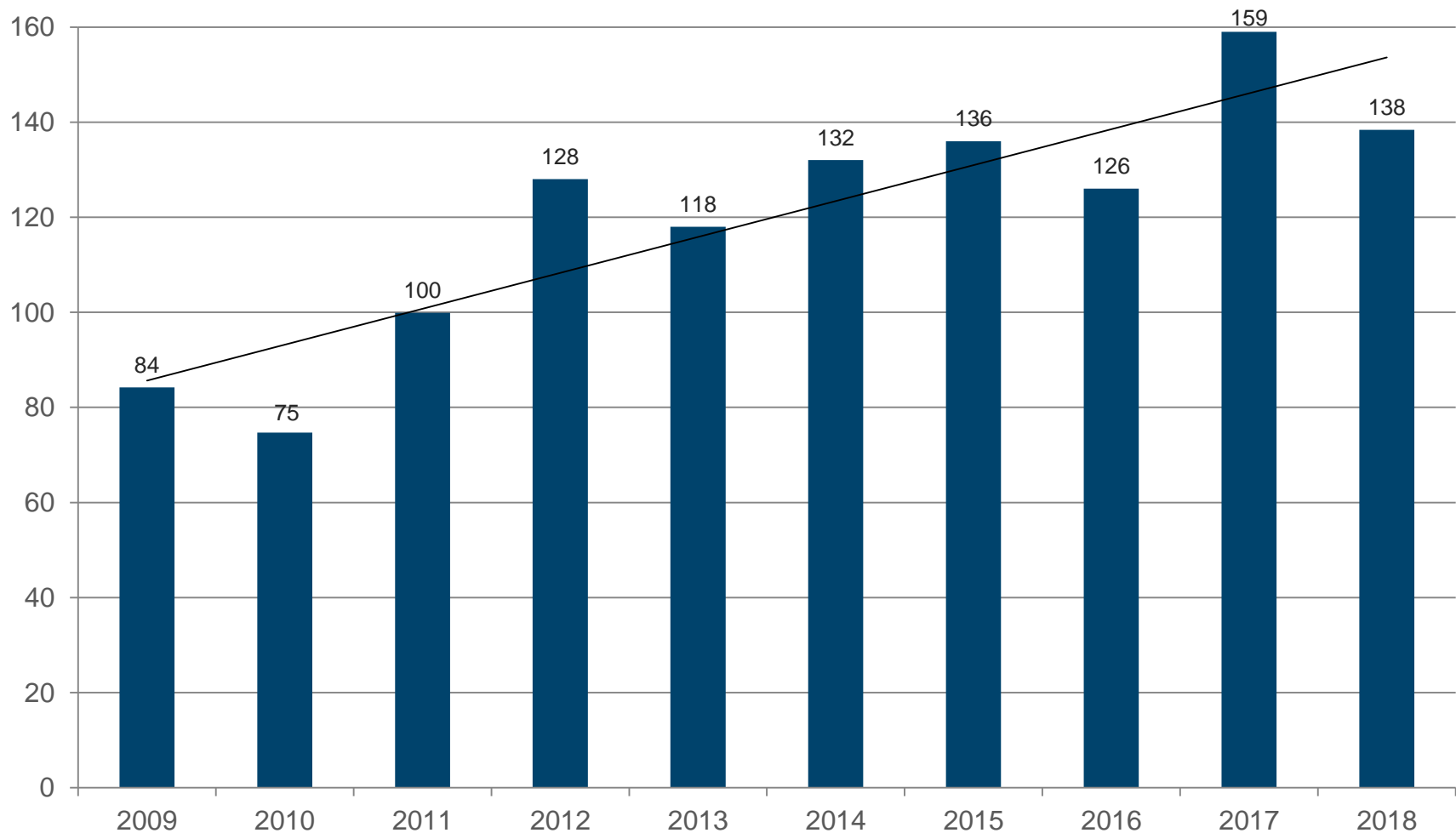


Kommunale Verschuldung pro Kopf, 2016-2018 in EUR

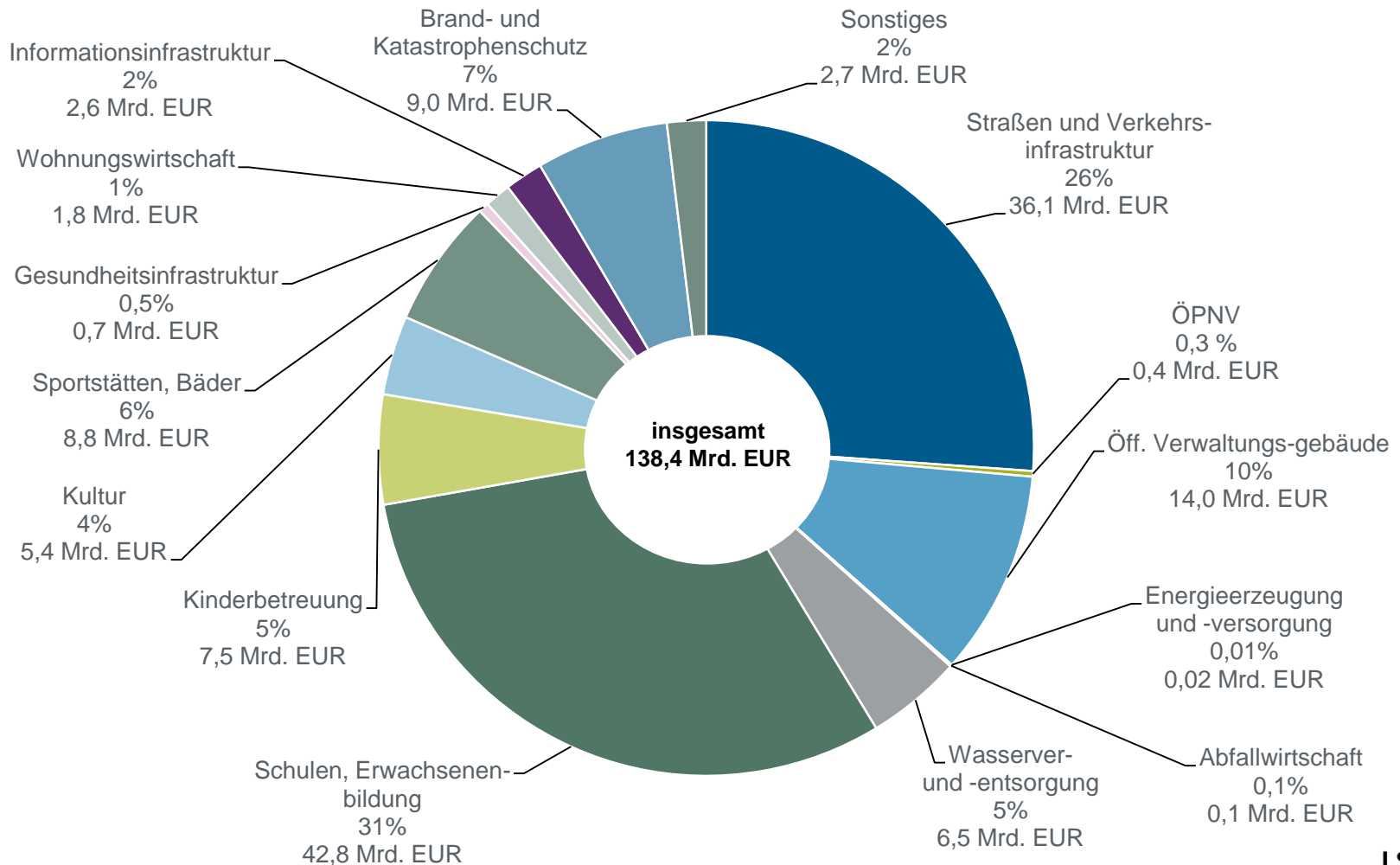


Investitionsrückstand der Kommunen, 2009-2018

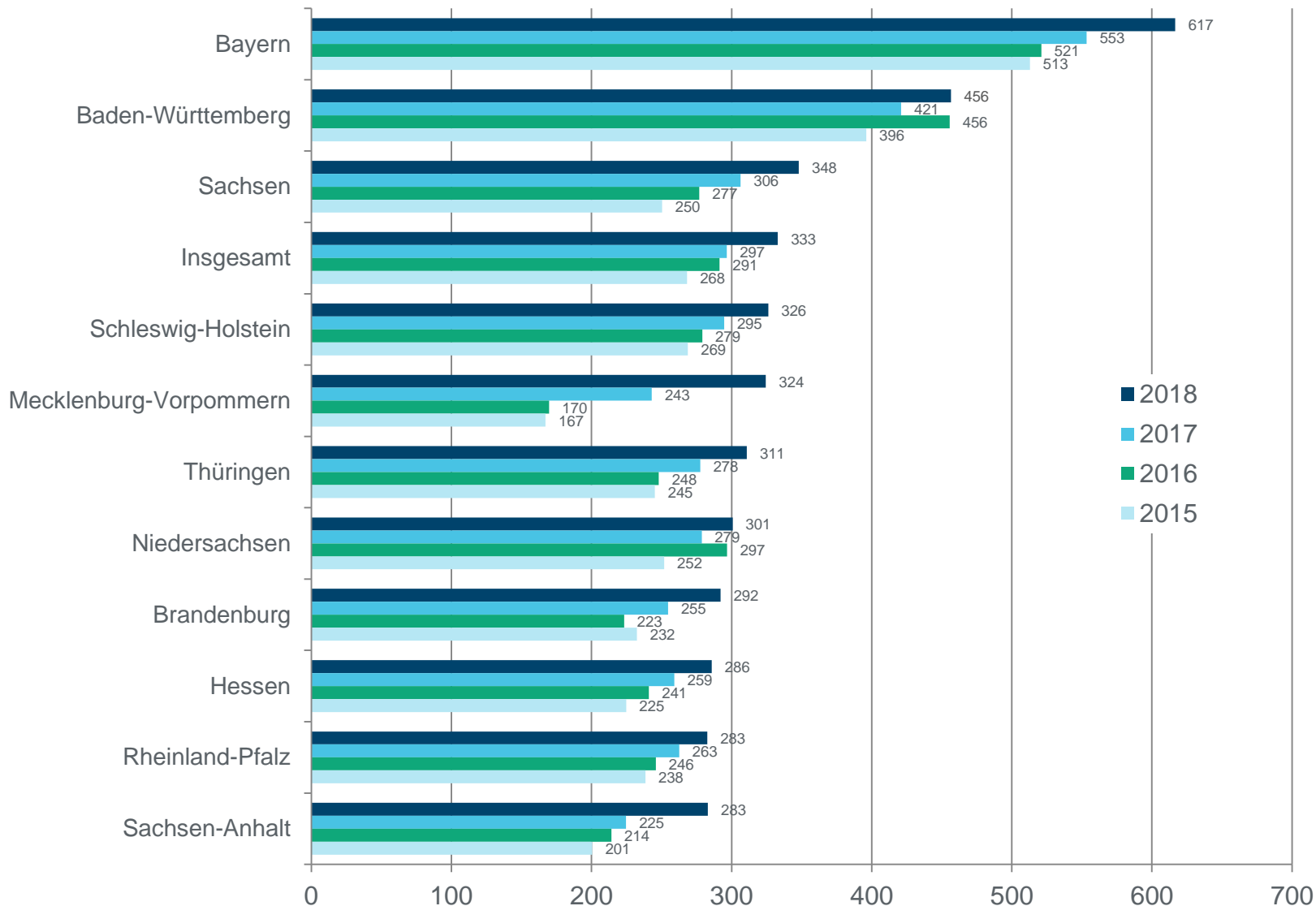
in Mrd. EUR



Wahrgenommener Investitionsrückstand in den Kommunen 2018 (Hochrechnung)



Sachinvestitionen pro Kopf, 2015-2018 in EUR



Dilemma I

→ Anschubfinanzierung

für Technologie mit extrem kurzen Innovationszyklen, hohen Folgekosten und komplexen technischen und datenschutzrechtlichen Anforderungen

→ Ungewissheit über Anschlussfinanzierung

→ administrativer Aufwand aufgrund von Förderung aus mindestens zwei Programmen des Bundes

Dilemma II

- ausschließlich sachbezogene Investitionsfinanzierung
- keine Personalfinanzierung

Art. 104c GG: „Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen sowie besondere, mit diesen unmittelbar verbundene, befristete Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren“.

§3 Abs. 4 VV: "Laufende Kosten der Verwaltung (Personalkosten, Sachkosten) sowie Kosten für Betrieb, Wartung und IT-Support der geförderten Infrastrukturen sind nicht förderfähig“.

Dilemma II

§3 Abs. 2 VV:

„2. Systeme, Werkzeuge und Dienste, die dem Ziel dienen, bei bestehenden Angeboten Leistungsverbesserungen herbei zu führen, die Service-Qualität bestehender Angebote zu steigern oder die Interoperabilität bestehender oder neu zu entwickelnder digitaler Infrastrukturen herzustellen oder zu sichern;

3. Strukturen für die professionelle Administration und Wartung digitaler Infrastrukturen im Zuständigkeitsbereich von Schulträgern“.

Dilemma III

- Antragswettbewerb und Kofinanzierungspflicht
- Vorauszahlung, Prioritätenverschiebung
- Wirkung der Schuldenbremse ab 2020? → Auswirkungen auf Personalpolitik?
- Externalisierung: Entwicklung von Medienentwicklungsplänen und Beschaffungsprozesse aufgrund von Überforderung der Schulträger
- Rechenschaftspflicht gegenüber Rechnungshöfen
- Monitoring des digitalen Bildungserfolges (?)

Handlungsansätze und Perspektiven

- Bund:
 - Verbesserung der allgemeinen Finanzausstattung von Ländern und Kommunen
 - Behebung der „Weiße-Flecken-Problematik“ (Niedersachsen: 20 %)
 - Zusammenführung der Programme Digitalpakt und „Offensive Digitales Klassenzimmer“
- Länder:
 - Aufbau Personalkapazitäten für technischen und rechtlichen Support
 - Stärkung der Landesmedienzentren/-agenturen als Beratungspartner der Schulen
- Kommunen:
 - Externe Glasfaser-/Breitbandanbindung der Schulen oberste Priorität
 - Bündelung von Technologie- und Datenschutz-Kompetenzen
 - Synchronisierung der schulischen Digitalisierung → Schaffung von Synergien
 - Zeit für „Phase Null“ → gemeinsame Bedarfsplanung entlang pädagogisch-didaktischer Überlegungen
 - Vermeidung von „Kompaktlösungen“ durch private Anbieter → Gefahr der Externalisierung versus Sicherung von Mengenvorteile